



Haushalt 2018

Rede zum Haushalt 2018

der Vorsitzenden der FDP - Ratsfraktion

Carola Möllemann - Appelhoff

Haushalt 2018

**Rede zum Haushalt 2018
der Vorsitzenden der FDP - Ratsfraktion
Carola Möllemann - Appelhoff**

Verantwortlich:
FDP - Ratsfraktion
Geringhoffstraße 48
48163 Münster

Sperrfrist: Mittwoch, 13.12.2017, 17:30 Uhr
- Es gilt das gesprochene Wort -

Die Rede kann nach Ende der Sperrfrist
im Internet abgerufen werden:

fraktion.fdp-ms.de



Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren!

Mit der Wahl der neuen CDU/
FDP-Landesregierung im Sommer
dieses Jahres werden sich die fi-
nanziellen Rahmenbedingungen
für die kommunalen Haushalte in
den nächsten Jahren verbessern.
Heute wird der Haushalt für 2018
verabschiedet. Er wird endlich wie-
der einmal von der Arbeit einer
Landesregierung gestützt, die die
Stärkung der Städte und Gemein-
den ganz oben auf ihre Agenda ge-
setzt hat. Wir erhalten gegenüber
der Haushaltsplanung 7,35 Mio. €
höhere Schlüsselzuweisungen und

eine um 740.000 € höhere Inve-
stitionspauschale, ergänzt um die
5,28 Mio. € Erstattung aus dem
Einheitslastengesetz. Die Erträge
verbessern sich dadurch um 13,3
Mio. €. Statt aber nun diese zu-
sätzlichen Einnahmen zum Abbau
der Neuverschuldung zu nutzen,
finanzieren CDU und Grüne damit
neue, zusätzliche Ausgaben mit
einem Volumen von über 9 Mio. €.
Die Folge: Dieser Haushalt startet
mit der Neuverschuldung von 16,4
Mio. €.

Wer jetzt nicht ohne Kredite auskommt ...

„Natürlich darf der Staat Schulden
machen, wenn das Not tut. Aber im
siebten Jahr des Aufschwungs mit
ständig steigenden Steuereinnah-
men gibt es einfach keine gute Be-
gründung mehr dafür. Nicht mal in
NRW. Wer jetzt nicht ohne Kredite
auskommt, wird das nie schaffen.“

Soweit ein WDR-Kommentar von
Wolfgang Otto zum eingebrachten
ersten NRW-Landeshaushalt ohne
die Aufnahme neuer Schulden seit
1973. Ähnlich klingt es bei Landes-
finanzminister Lienenkämper: Die
„schwarze Null“ falle niemandem in
den Schoß, die müsse man wollen.
In anderen Worten: Es bedarf der
ernsthaften Bereitschaft zum Spa-

ren, und das ist für die FDP Maxime ihres Handelns. Jedenfalls dann, wenn sie Verantwortung übernehmen kann.

Auf eine neue Gefahr im münsterschen Haushalt wies der Regierungspräsident bereits bei der Genehmigung des Haushalts für das Jahr 2017 hin. Ich zitiere: „Aufgrund des im Vergleich zu den Vorjahren sehr großen Investitionsprogrammes werden in den nächsten Jahren der Kreditbedarf und damit auch die Netto-Neuverschuldung (nach Abzug der ebenfalls steigenden Tilgungsleistungen) deutlich zunehmen. [...] Damit zeichnet sich neben den bereits weiter ansteigenden hohen Investitionskrediten eine zweite Säule der Verschuldung ab, die zusätzliche Risiken für die finanzielle Handlungsfähigkeit in den kommenden Haushaltsjahren aufweist.“

Deutliche Warnung vom Regierungspräsidenten

Diese deutliche Warnung der Behörde vom 27. Januar dieses Jahres hat dann möglicherweise den Kämmerer veranlasst, 11 Mio. € des erst im Dezember 2016 von CDU und Grünen verabschiedeten Haushalts bereits im Februar 2017 einzufrieren, obwohl sich, wie der

Oberbürgermeister zu diesem einmaligen Akt betonte, nichts verändert habe.

Nun mag es dem Bundestagswahlkampf geschuldet gewesen sein, dass es mit dem - ich zitiere CDU-Landesfinanzminister Lienenkämper - „ernsthaften Sparen“ wieder nichts geworden ist.

Denn dem Ausbau- und Sanierungsprogramm für die Schulen, das wir heute verabschieden, folgen weitere Großinvestitionen in Höhe von 500 Mio. € für die nächsten vier Jahre.

Wenn eine akzeptable Kostenschätzung für die Traglufthalle Coburg vorliegt, wird diese Investition ebenfalls noch obendrauf kommen. Vergessen wir die Preußen nicht, die in 2018 sagen müssen, wie sie mit der Entscheidung von CDU und Grünen umgehen, das Stadion an der Hammer Straße auszubauen. Denn auch dieser Beschluss zieht weitere Investitionen nach sich.

Die FDP-Fraktion hat deshalb für die Haushaltsberatungen 2018 Prioritäten gesetzt, damit ein ausgeglichener Etat weiterhin möglich bleibt.

Dies sind Prioritäten

- für Kinder und Jugendliche,
- für mehr Wohnraum und
- für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik.

Diese Prioritätensetzung ist für uns unerlässlich, weil ja der Haushalt 2018 und das sich in der mittelfristigen Finanzplanung abzeichnende Investitionsprogramm in Höhe von 500 Mio. € schon weit über die dem Regierungspräsidenten vorliegenden Zahlen des Haushalts 2017 hinausgehen.

Zur Priorität für Kinder und Jugendliche:

Wir fordern für Kinder und ihre Väter und Mütter den schnellstmöglichen, bedarfsgerechten Ausbau der u-3-Betreuung, um für viele Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, denn zu viele Kinder sind noch unversorgt. Das von uns initiierte Modell mit angestellten Tagesmüttern kann ein weiterer Baustein sein, um diesem Ziel frühzeitiger näher zu kommen. Wir müssen aber bei privaten Bauvorhaben noch mehr Überzeugungsarbeit leisten, sofort auch Wohnungen für die Großtagespflege einzuplanen.

Die neue CDU/FDP-Landesregie-

rung hat erfreulicherweise das gehalten und auf den Weg gebracht, was im Wahlkampf versprochen wurde: Ein 500-Mio.-€-Paket zur Sicherung der Arbeit der Kitas.

Für Münster gibt es daraus fast 10 Mio. €, die den Kitas der Stadt, den freien Trägern und den vielen Elterninitiativen zugutekommen. Die angekündigte Überarbeitung des KiBiz wird hoffentlich eine bessere Qualität der pädagogischen Arbeit und der Finanzausstattung sicherstellen. Unsere seit Jahren vorgebrachte Forderung, die Kitas durch private Investoren errichten zu lassen, stieß auf breite Ablehnung. Jetzt aber, nachdem man das Problem selbst nicht in den Griff bekommt, ruft man private Investoren Hände ringend auf, doch Grundstücke zur Verfügung zu stellen und Kitas zu bauen.

Kommen wir zum breit angelegten Schul-Ausbauprogramm: Es muss zügig erfolgen, damit die heute betroffenen Kinder nicht bereits die Schule verlassen, ehe die neuen Gebäude stehen. Deshalb haben wir beantragt, private Büros zur schnelleren Abwicklung der europaweit auszuschreibenden Architektenwettwerbe einzubeziehen. Aus ideologischen Gründen wurde dieser Vorschlag von der CDU/

Grünen-Koalition abgelehnt, den selbst der zuständige grüne Dezerent unterstützt hat. Bei SPD und Linken wunderte uns dies, nebenbei gesagt, überhaupt nicht.

Handlungsbedarf besteht aber auch beim Ausbau der ganztägigen Betreuungsangebote in den offenen Ganztagsgrundschulen, Realschulen und Gymnasien, denn auch hier fehlen noch Plätze für sehr viele Kinder.

Erfreulich, dass die Fraktionen auf unseren Antrag hin im Haushalt das Ziel festgeschrieben haben, diesen Ausbau bedarfsgerecht und schnellstmöglich umgesetzt sehen zu wollen. Alle Kinder in allen Altersstufen werden nach unseren Vorstellungen die Möglichkeit erhalten, ein ganztägiges Betreuungs- und Förderangebot in Anspruch zu nehmen. Denn das Ziel muss Chancengerechtigkeit heißen. Die aber kostet Geld, das Bund, Land und Stadt zur Verfügung stellen müssen im Bestreben, die oft zitierte Schere zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft weiter zu schließen.

Zur Priorität für mehr Wohnraum in der Stadt:

Auch bei der Bewältigung unserer Probleme im Wohnungsbau sind

bedauerlicherweise die ideologischen Vorbehalte gegenüber privatem Engagement ausgeprägt. Denn was geschieht? Für das dringend notwendige Bauprogramm auf den Kasernenflächen wird die städtische Tochter KonvOY GmbH gegründet, die von der Stadt für den Ankauf und die Erschließung der Flächen Kredite erhält. „Die Rechtsform der GmbH ermöglicht zudem, dass das Risiko für den Gesellschafter begrenzt wird“ (O-Ton Vorlage V/0775/2016).

Unser Antrag, in diese Gesellschaft private Unternehmen mit dem technischen Knowhow für die Entwicklung solcher Konversionsflächen und mit entsprechender Finanzkraft einzubeziehen, wurde abgelehnt; frei nach dem Motto: Das können wir allein besser, jeder Euro Gewinn verbleibt so in der Stadtkasse.

Aber: Wer trägt einen möglichen Verlust bei der Realisierung dieses nicht alltäglichen Großprojektes? Ach ja, dafür haben wir ja die GmbH-Rechtsform gewählt. Zur Sicherheit kaufen wir uns dann allerdings für KonvOY den Sachverstand privater Beratungsunternehmen ein.

Planungswerkstatt 2030

Die von uns initiierte „Planungs-

werkstatt 2030“ wird im Frühjahr 2018 Ergebnisse zu potenziellen zusätzlichen Wohnungsbau-Flächen vorlegen, um weiteren Wohnraum möglichst bald errichten zu können. Das Instrument der „sozialgerechten Bodennutzung“ hilft, zu fast noch zivilen Preisen Bauland auf den Markt zu bringen.

Für den Ankauf neuer Flächen und Gebäude durch die Stadt bleiben wir aber nach den Vorstellungen der Verwaltung und von CDU und Grünen im Haushalt bei dem Standardbetrag der letzten Jahre in Höhe von 8 Mio. € pro Jahr. Dies, obwohl die Stadt mögliche Erweiterungsflächen oder auch Gebäude von der BImA ankaufen kann.

Unserem Antrag, diesen Betrag auf 10 Mio. € zu erhöhen, sind CDU und Grüne nicht gefolgt mit dem Hinweis: Wenn Geld benötigt wird, stellen wir es zur Verfügung. So also sieht transparente, solide münstersche Haushaltspolitik aus?

Bei aller Dringlichkeit des Wohnungsbaus dürfen wir aber nicht vergessen, dass Münster auch ausreichende Flächen für Gewerbegebiete braucht, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Mit der Umsetzung der Beschlüsse der Planungswerkstatt 2030

werden die Außenstadtteile mehr Flächen für den Wohnungsbau, mehr Wohnraum und Einwohner erhalten. Deshalb müssen wir dort die Lebensqualität stärken. Dazu gehören neben einem guten Einkaufsangebot, das bei der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes besondere Beachtung finden muss, ebenfalls ein breites Beratungsangebot auch der freien Träger, ausreichende Sport- und Freizeitmöglichkeiten sowie ein eigenes Stadtteil-Kulturangebot.

Schön, dass gerade der Ausbau der Kultur vor Ort für jeden Stadtteil auf unseren Antrag hin als weiteres Ziel im Haushalt festgeschrieben worden ist. Dazu gehören natürlich auch Veranstaltungsräume, die nach unserem Antrag in die Prüfung bei den Schulraum- und Sportstätten-Erweiterungen aufgenommen werden sollten.

Zur Priorität für ein zukunftsfähiges Gesamtverkehrskonzept:

Wir wollen Münster zukunftssicher für die verschiedenen Verkehrsträger aufgestellt wissen. Unser Antrag dazu vom März dieses Jahres richtet sich auf ein Gesamtverkehrskonzept für die Stadt Münster. Ein Ziel, das keine Verzögerung mehr verträgt und für das deshalb

die Verwaltung umgehend die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes 2035 in Angriff nehmen wird.

Unser letzter Antrag aus den Haushaltsberatungen zu diesem Thema greift dann räumlich noch weiter: Wir sind überzeugt, dass zukunftsfähige Konzepte für Wohnen und Verkehr nur unter Einbeziehung der Stadtregion entstehen können.

Deshalb sollen zukünftig in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen die bestehenden Verkehrssysteme vernetzt werden. Da sind Schnellschüsse unangebracht. Zunächst muss ein Konzept unter Beteiligung externer Fachleute erarbeitet werden, danach sind die Mittel zur Finanzierung der für machbar befundenen Maßnahmen in den Haushalt einzustellen. Für eine grundlegende Konzeption sind dafür als münsterscher Anteil 50.000 € im Haushalt verankert worden.

Integration geflüchteter Menschen

Bei der Integration der zu uns geflüchteten Menschen sind wir auf einem guten Weg. Der Bau neuer Wohnungen für sie wird, da bin ich sicher, im bewährten „Münsterkonsens“ erfolgen. Das Jobcenter und die Stadt selbst haben zahlreiche Projekte zur Integration von Kindern in Kita und Schule und von

Erwachsenen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt entwickelt. Die Teilnahme am neuen Projekt „Einwanderung gestalten NRW“ wird uns sicherlich zusätzlich wertvolle Hinweise geben.

Welch ein Geschenk, dass immer noch viele freie Träger, Initiativen und Münsteraner Geflüchtete dabei unterstützen, bei uns eine neue Heimat zu finden. Ihnen danken wir an dieser Stelle für dieses schon so langfristige Engagement ebenso wie allen anderen ehrenamtlich Tätigen in den vielen Bereichen, die eine solidarische Stadtgesellschaft kennzeichnen.

Prioritäten sind verantwortbar

Wir können diese Prioritätensetzung auf wichtige Ziele verantworten: Münster ist und bleibt auch ohne die 9 Mio. € Mehrausgaben von CDU und Grünen eine Stadt, die lebenswert ist: es gibt eine gut aufgestellte Wirtschaft, die mit ihren hohen Gewerbesteuerzahlungen dafür sorgt, dass wir uns mehr leisten können als viele andere Städte; ich nenne hier nur eine bunte Kulturlandschaft und ein soziales System, das sowohl städtische Leistungen vorhält als auch solche der breiten freien Trägerlandschaft durch die Stadt mitfi-

nanzieren kann.

Nicht immer weitere Kredite

Dem Willen, diese Stadt für alle hier wohnenden und arbeitenden Menschen auf Dauer lebenswert zu erhalten, steht auch die Verantwortung für eine gesunde Finanzpolitik gegenüber, die uns darin hindern muss, alles Wünschenswerte auch über immer weitere Kredite zu finanzieren.

Dieser Verantwortung sind CDU und Grüne mit diesem Haushalt aus der Sicht der FDP nicht gerecht geworden. Deshalb werden wir ihn ablehnen.



**Freie
Demokraten**

FDP